



ROTSTIFT

Mitteilungsblatt des SPD-Ortvereins Pappenheim

Ausgabe 50

Mai 2004

Macht „Spardiktator“ Stoiber Bayern kaputt?

Die Entscheidung ist gefallen. Die CSU-Mehrheit hat im Bayerischen Landtag Stoibers „Spardiktat“ gegen den Willen der SPD durchgepeitscht. Der vielfältige und gesellschaftlich breite Protest von Sozialverbänden über Jugendorganisationen bis hin zu den Gewerkschaften stieß auf taube Ohren.

Dabei bedroht Stoibers Streichliste Bayerns Zukunft: Kürzungen bei wichtigen Maßnahmen für Infrastruktur und Wohnungsbau, Mittelsenkung bei Aus- und Fortbildung der Jugend, Kahlschlag bei sozialen Einrichtungen.

So trifft der Rotstift auch die Pappenheimer Kommune. Dazu nur zwei Beispiele: Der „Streetworker“, der unbestritten eine wichtige Funktion mit der Betreuung unserer Jugendlichen übernimmt, wird zukünftig nicht mehr bezuschusst, so dass dessen Stelle stark gefährdet ist (siehe Beitrag S. 3).

Auch bei der Forstbetreuung werden die Gelder gekürzt. Das kostet der Stadt Pappenheim rund 10.000 Euro. Die staatliche Beratung der Privatwaldbesitzer wird schrittweise auf Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer übertragen, was den Betroffenen Geld kosten wird.

Empfindlich wird das Spardiktat die Beschäftigten des öffentli-

chen Dienstes treffen. Die Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamten auf 42 Stunden bedeutet letztlich einen weiteren Einkommensverlust für sie. Bereits vor wenigen Monaten wurden empfindliche Gehaltsabstriche vollzogen. Schließlich entsteht auch eine Ungleichbehandlung zwischen Beamten und Angestellten.

So ist z. B. die Stadt Pappenheim verpflichtet, die neuen Arbeitszeitregelungen zu übernehmen. Dann werden zukünftig die Angestellten nach 38,5 Stunden ihr Wochenarbeitspensum absolviert haben, während der Beamte am Nachbarschreibtisch erst nach weiteren 3,5 Stunden sein Soll erfüllt hat. Das sorgt für Unruhe unter den Beschäftigten und wirkt demotivierend.

Dabei hat Ministerpräsident Stoiber noch im April 2003 in einem Interview der Süddeutschen Zeitung erklärt: „*Es wird auch keine Verlängerung der Arbeitszeit geben.*“ Wieder müssen die Wähler erkennen, dass nach der Wahl eben nicht gleich vor der Wahl ist. Anstelle mit pauschaler Arbeitszeitverlängerung die Beschäftigten zu demotivieren, sollten die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion besser über intelligente und flexible Arbeitszeitmodelle nachdenken. Letzten Endes wird diese Maß-

nahme rund 10 000 Arbeitsplätze in Bayern kosten. Leistungen und Service für die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch eingeschränkt. Darüber hinaus sollte man bedenken, dass die Hälfte aller Stellen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung entfallen. Mit einer Kürzung der Mittel in diesen Bereichen wird die wichtigste Ressource, das Humankapital, getroffen. Damit spart Stoiber an der Zukunft.

Kürzungen bei den öffentlichen Bauten im vorgesehenen Maße sind nicht unproblematisch, da solche unterlassenen Investitionen das wirtschaftliche Wachstum zusätzlich belasten.

Sparen ist durchaus in Ordnung! Aber es kann nicht mit der „Kahlschlagmethode“ erfolgen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten binnen weniger Jahre einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu wollen, ist ein Ziel, das insbesondere die Arbeitsplätze der kleinen Leute gefährdet.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Pappenheim, V.i.S.d.P. Andreas Widmann, Zimmern 63, 91788 Pappenheim.

Bayern

SPD

Gedanken zur sozialen Gerechtigkeit

Die Reform des Sozialstaates Deutschland

Ein Jahr ist vergangen, seit Bundeskanzler Gerhard Schröder den Umbau des Sozialstaates in seiner Regierungserklärung Agenda 2010 verkündet hat. Seit dieser Erklärung ist Deutschland in zwei Lager gespalten: die Interessengruppen, die mit aller Macht versuchen, Kürzungen in ihren Bereichen zu verhindern, und die Regierenden, die immer wieder erklären, das alte Sozialsystem sei nicht mehr finanzierbar. Der größte Vorwurf an die Regierung besteht darin, als SPD nicht sozial gerecht vorzugehen bei den Reformen.

Die soziale Ungerechtigkeit besteht aber darin, dass, wer am lautesten schreit, auch am meisten bekommt, in der Regel sind das die großen Industriebverbände. Diese Lobbygruppen bremsen den notwendigen Umbau des Sozialstaats; Reformvorhaben werden im Vermittlungsausschuss derart verwässert, dass von den eigentlichen und wirkungsvollen Reformen nichts mehr übrig bleibt. Aber in diesem Punkt hat sich seit Einführung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung durch Bismarck nicht viel verändert. Anstatt genau hinzusehen, was wirklich gebraucht wird, werden faule

Kompromisse gemacht, damit nur ja alle Interessengruppen zustimmen können. Das funktioniert, so lange genügend Geld vorhanden ist. Doch jetzt, wo es der Wirtschaft schlecht geht, erkennen wir, welche Probleme seit Jahren verschlampt und mit immer neuen Gesetzen und Abgaben geschönt wurden.

AGENDA 2010

„Entweder wir modernisieren unsere soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen.“

Nach der Regierungsübernahme vertrödelte die SPD viel Zeit, doch jetzt hat sie den Mut zur Veränderung und packt die wichtigen Reformen an, die andere europäische Länder längst hinter sich haben. Wichtig ist es dabei, von den alten Illusionen weg zu kommen und endlich den Blick auf das wirklich Machbare und Notwendige zu richten, auch die Veränderungen innerhalb unserer Gesellschaft zu berücksichtigen.

Die skandinavischen Länder machen uns vor, wie eine Volkswirt-

schaft erfolgreich sein kann und trotzdem erheblich mehr Sozialleistungen bezahlbar sind. Während in Deutschland die Sozialleistungen über Abgaben auf den Lohn finanziert werden, was Arbeit teuer macht, treiben die Skandinavier mehr Steuern ein und finanzieren damit ihre sozialen Leistungen.

Selbstverständlich ist Verzicht hart, aber wir können uns diesen hohen Standard nicht mehr leisten und müssen uns auf Veränderungen, die mehr Eigeninitiative fordern, einlassen. Individuelle Probleme und Lebenssituationen verlangen individuelle Lösungen und nicht noch mehr Gesetze, Verordnungen, Ausnahmeregelungen usw., nur damit alle Möglichkeiten berücksichtigt sind. In diesem Zusammenhang ist auch ein Bürokratieabbau möglich, ja sogar notwendig.

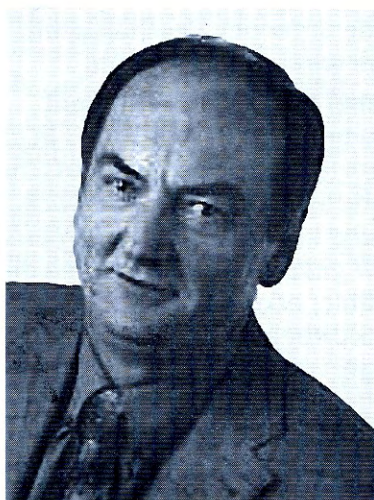
Der Staat muss für seine Bevölkerung die Grundsicherung herstellen, daran ändert auch die Agenda 2010 nichts. Das ganze Jammern nützt also nichts, es wird durchs Aussitzen der Probleme nicht besser. In diesem Sinne: Packen wir es endlich an!

Annette Pappler

Neu im Pappenheimer Stadtrat: Manfred Kreißl

Meine Kindheit und Jugendzeit verbrachte ich in Pappenheim. Nach dem Studium (Mathematik, Geographie) verschlug mich meine berufliche Tätigkeit mehrere Jahre nach Oberbayern. Seit 1995 wohne ich mit meiner Frau und unseren beiden Söhnen (19 bzw. 16 Jahre) wieder in Pappenheim und bin stellvertretender Schulleiter an der Staatlichen Realschule in Weißenburg.

Seit rund drei Monaten gehöre ich dem Pappenheimer Stadtrat an und habe dort das Referat „Kindergarten und Spielplätze“ übernommen. Die ersten Sitzungen haben mich positiv beein-



druckt; fand ich doch eine freundschaftliche Atmosphäre und von Sachlichkeit geprägte

konstruktive Diskussionen vor. Eines wurde mir schnell deutlich: Allen Stadträtinnen und Stadträten liegt das Wohl aller Bürger und somit unserer Stadt sehr am Herzen!

Erfreulich auch meine „Antrittsbesuche“ in den vier Kindergärten. Engagierte und kreative Erzieherinnen bzw. Kinderpflegerinnen sorgen dafür, dass sich unsere Kinder im Kindergarten geborgen fühlen. Spielen und Herumtollen, Knüpfen sozialer Kontakte und Wecken oftmals noch verborgener Fähigkeiten und Fertigkeiten gehören hier zum Kindergartenalltag.

Tagesstätte „Brücke“ im Bayerischen Landtag

„Bei den seelisch und psychisch kranken Tagesstättenbesuchern wurde es sehr positiv aufgenommen, dass eine Politikerin wie Christa Naaß ihr Interesse an ihnen durch eine Einladung in den bayerischen Landtag zum Ausdruck gebracht hat“, so der Leiter der Tagesstätte in Weißenburg, Herr Fiedler. Auch behinderte bzw. psychisch kranke Menschen verfolgen sehr wohl das politische Zeitgeschehen, dies zeigte die Fragestunde mit der Landtagsabgeordneten und SPD-Kreisvorsitzenden im Plenarsaal, bei der die Gäste ganz konkrete Fragen stellten.

Dabei zeigte sich, dass gerade in Zeiten von massiven Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich auch betroffene psychisch Kranke sehr besorgt und aufmerksam wahrnehmen, wenn Versorgungsleistungen für Behinderte dem allgemeinen Sparzwang zum Opfer fallen. Dass man hier bei den Bedürftigsten und Schwächsten den Rotstift ansetzt, ohne dabei an die Folgekosten für die Allgemeinheit,



Gruppenbild mit Damen: Christa Naaß mit ihren Gästen im Maximilianeum

geschweige denn an Einzelschicksale von Betroffenen zu denken, wird dabei als soziale Ungerechtigkeit und Kurzsichtigkeit aufgefasst. Herr Fiedler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass selbstverständlich psychisch Kranke wahlberechtigt sind und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Psychisch krank zu sein, ist ja keine Angele-

genheit der Intelligenz oder des politischen Interesses eines Menschen. Selbst wenn durch das Vormundschaftsgericht eine gesetzliche Betreuung eingerichtet wurde, so bleibt zunächst das Wahlrecht des Betroffenen selbst bei Geschäftsunfähigkeit und einem so genannten Einwilligungsvorbehalt uneingeschränkt erhalten.

Kreisvorsitzende Christa Naaß, MdL: Freistaat Bayern – größter Arbeitgeber, größter Arbeitsplatzvernichter

Versprochen und gebrochen! Ministerpräsident Stoiber hat sein Wort von vor der Landtagswahl gebrochen, mit dem er eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Bayerns Beamtinnen und Beamte ausdrücklich ausgeschlossen hat. Nun will er die wöchentliche Arbeitszeit auf 42 Stunden nicht nur für Beamte, sondern auch für Angestellte anheben.

- Jede Arbeitszeitverlängerung vernichtet die Chance auf mehr Beschäftigung. Die Anhebung der Arbeitszeit gefährdet alleine ca. 6000 Planstellen für Beamte und 10 000 Stellen für Arbeiter und Angestellte.

- Dringend notwendige Neueinstellungen zur Verjüngung und zur Nachwuchsförderung sowie zur Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit werden nicht mehr vorgenommen.
- Im Schichtbetrieb, wie z.B. bei der Polizei, führt die Arbeitszeitverlängerung zu einer zusätzlichen Schicht pro Monat und zu einer Einsparung von 1300 Stellen.
- Bei bestimmten Gruppen wie Lehrern ignoriert die Staatsregierung völlig die seit Jahren geleistete Mehrarbeit in Form des verpflichtenden Arbeitszeitkontos und der

vielen Überstunden ohne Bezahlung und Freizeitausgleich. Die Lehrer werden mit der zusätzlichen Arbeitszeitverlängerung nun doppelt und dreifach belastet.

- Die vorgesehene Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich führt zu einer Besoldungskürzung von 9 Prozent.
- Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind kein Selbstbedienungsladen zur Haushaltssanierung. Wer Loyalität von seinen Beschäftigten erwartet, der muss auch ihnen gegenüber loyal und fair sein!



Versprochen:

Zur Frage einer Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre: „Die CSU-Landtagsfraktion hat sich mit dem Thema bislang nicht beschäftigt. Es ist auch nicht vorgesehen, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen.“ (Aussagen der CSU vor der Landtagswahl gegenüber den Lehrerverbänden, in: bvp.de/gymnasium.htm)

Gebrochen:

„Deshalb werden wir das Gymnasium auf acht Jahre verkürzen.“ (Stoiber, Regierungserklärung, 6.11.2003, S. 22)

Impressum: V.i.S.d.P SPD-Kreisverband Weißenburg-Gunzenhausen, Christa Naaß, MdL, Nürnberger Straße 39, 91710 Gunzenhausen



Die erweiterte Europäische Union braucht Wählerinnen und Wähler!

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 sind ganz besondere Wahlen: Zum ersten Mal werden 450 Millionen Menschen aus 25 Ländern die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes direkt wählen. Wir in Franken rücken vom Rand der Europäischen Union in das Zentrum. Deshalb setze ich mich dafür ein, den Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen als Europäische Metropolregion zu fördern. Wir hier in Franken ziehen großen Nutzen aus der europäischen Politik. Viele Projekte und Investitionen werden über europäische Fördermittel erst ermöglicht. Die Zusammenarbeit mit den politisch Verantwortlichen vor Ort und der regelmäßige Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern sind meine Grundlage für eine erfolgreiche Politik für Franken in Europa.



Als frauen- und jugendpolitische Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament habe ich in den letzten Jahren den Erweiterungsprozess aktiv begleitet: Für mich gibt es keine Alternative zur Erweiterung, auch wenn Ängste bei den Menschen in Franken geschürt werden, weiß ich: Frieden, soziale Sicherheit und Arbeit kann es nur in einem politisch und wirtschaftlich starken Europa geben. Soziale Standards und Umweltschutz können nur mit den europäischen Partnern gemeinsam gesichert werden.

Als Sozialdemokratin mache ich mich seit 1989 als Europa-Abgeord-

nete stark für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Die Einführung arbeitsrechtlicher sozialer Mindeststandards, Verbraucherschutz, Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer und die Stärkung der Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen sind meine Arbeitsfelder im Europaparlament. Die Bekämpfung aller Arten von Gewalt steht dabei ganz oben. Denn Gewalt gehört für viele Frauen in Deutschland heute noch zum Alltag – ob in der Partnerschaft, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit. Frauenhandel und Prostitutionstourismus sind ungelöste Probleme gerade an der bayerisch-tschechischen Grenze. Über das tatsächliche Ausmaß der Gewalt gegen Frauen lassen sich keine gesicherten Angaben machen, da viele Frauen die Gewalttaten und Nötigungen nicht anzeigen – besonders wenn sie durch den Partner erfolgen. Als frauenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion habe ich einen Bericht zum Anti-Gewalt-Programm „Daphne“ erarbeitet, der im Europäischen Parlament ungeteilte Unterstützung fand.

Europa ist eine starke Friedensmacht. Mein Einsatz zur Unterstützung und zur Schaffung von Friedensprozessen beinhaltet auch den klaren Protest gegen den Irak-Krieg. Wir in Europa zeigen beispielhaft durch das Zusammenwachsen der 25 Länder der EU, dass Veränderungen friedlich möglich sind.

Das Europäische Parlament braucht die Sozialdemokratische Fraktion wieder als stärkste Kraft und als soziales Gewissen in Europa. Durch Ihre Stimme für die SPD am 13. Juni 2004 unterstützen Sie mich und unsere Arbeit in Europa für Franken.

Lissy Gröner
Ihre SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament
www.Lissy-Groener.de

Was hat sich zum 1. Mai in der EU geändert?

Grenzkontrollen: Selbstverständlich benötigen EU-Bürger für Reisen in die Mitgliedsländer kein Visum.

Aber: Ganz „gefallen“ sind die Grenzen nicht, gültige Personalpapiere müssen vorgezeigt werden. Der Grund: Die „Neuen“ gehören nicht dem Schengener Abkommen an. Wann die Personenkontrollen abgeschafft werden können, wird später entschieden.

Zoll: Die Zollkontrollen dagegen sind mit dem 1. Mai Vergangenheit, denn alle EU-Mitgliedsstaaten zählen zum europäischen Binnenmarkt.

Arbeitsmarkt: Angst vor „Zuwandererströmen“ aus den neuen Mitgliedsländern? Die ist unbegründet, denn maximal sieben Jahre lang dürfen Arbeitnehmer in die „alten“ EU-Staaten nach wie vor nur mit einer Arbeitserlaubnis kommen. Ausnahme: Die Bürger Maltas und (dem griechischen Teil) Zyperns. Aber das ist wohl eine sehr begrenzte Anzahl!

Eine starke SPD für ein starkes Europa! Gehen Sie am 13. Juni zur Wahl, wählen Sie die SPD! Sie verreisen in den Pfingstferien? Nicht vergessen: Briefwahl beantragen!!

Grunderwerb: Umgekehrt gibt es Befürchtungen wie „Die Deutschen kaufen alles auf“. Geht auch nicht, denn land- und forstwirtschaftliche Grundstücke fallen unter eine ebenfalls sieben-, in Polen sogar eine zwölfjährige Schutzfrist. Sonderregelungen gibt es für Landwirte, die pachten dürfen – und Ausnahmen sind wiederum Malta, (das griechische) Zypern sowie Slowenien.

Firmenniederlassungen: Die waren bereits vor dem 1. Mai 2004 in den Beitrittsländern möglich, und auch Selbständige und Firmen aus den „neuen“ Ländern können bei uns eine Niederlassung gründen.

Euro-Zone: Bis dahin ist es für die Neumitglieder noch ein langer Weg, für den es auch keinen Zeitplan gibt. Allerdings: Wer die Kriterien erfüllt, muss den Euro einführen und kann nicht, wie zum Beispiel die Briten, „nein danke“ sagen. Abgesehen davon, dass dies keiner der jetzt hinzu gekommenen Staaten möchte, wird frühestens 2008 eine oder mehrere der jeweilige Landeswährungen dem Euro weichen.

Generalsversammlung des SPD-Ortsvereins Pappenheim

Der 1. Vorsitzende Andreas Widmann hatte alle Pappenheimer Genossen zur diesjährigen Generalversammlung am 23. April 2004 ins „Gasthaus Goldener Löwe“ geladen.

Recht herzlich begrüßte Andreas Widmann die Anwesenden und bat die Versammlung um eine Schweigeminute in Gedenken an das verstorbene Parteimitglied Johann Kainz.

Nun folgte der Bericht des 1. Vorsitzenden über die verschiedenen Aktivitäten des vergangenen Jahres, begonnen mit der Landtags- und Bezirkstagswahl. Hierbei dankte er besonders Peter Krauß für dessen Bezirkstagskandidatur.

Widmann berichtete weiter über einen Abend mit Referentin Christa Naaß, MdL, zur Agenda 2010 sowie vom Jahresessen, dem Schafkopfturnier und dem Kappenabend.

In den Ortsvereinsversammlungen wurden Themen der Bundespolitik wie auch kommunalpolitische Themen diskutiert. Hierbei berichteten die Stadträte der SPD-Fraktion und der SPD-Bürgermeister Peter Krauß aus dem Stadtrat.

Weiterhin wurde eine bezirksübergreifende Versammlung in Mörsheim (Bezirk Oberbayern) mit Genossen aus Mittelfranken, Oberbayern und Schwaben organisiert. Auch hier konnte Christa Naaß als Referentin gewonnen werden, Thema war natürlich die bevorstehende Europawahl.

Kassier Uwe Horsmann trug die Ein- und Ausnahmen vor und informierte die Mitglieder über eine äußerst positive Bilanz. Die Revisoren bescheinigten ihm eine einwandfreie Kassenführung, und die Vorstandschaft wurde einstimmig entlastet.

Bei den Neuwahlen wurde die gesamte Vorstandschaft für weitere zwei Jahre in ihren Ämtern bestätigt. Im einzelnen sind dies 1. Vorsitzender Andi Widmann, 2. Vorsitzende Anette Pappler, Kassier Uwe Horsmann und Schriftführerin Angelika Starzl. Als Beisitzer bestätigt wurden Peter Lenk, Karin Schmitt und Manuela Steiner-Hecht, die Revision übernimmt wieder Susanne Lampmann und neu Alex Lämmerer. Danach wurden noch die Kreis- und Unterbezirksdelegierten gewählt und die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft 60plus angedacht.

Nach den Wahlen informierte Bürgermeister Peter Krauß über die geplante Straßenausbauschonung der Stadt Pappenheim; Stadtrat Gerhard Gronauer referierte über die Pläne der bayerischen Staatsregierung zur Verwaltungsreform und zur Erhöhung der Beamtenarbeitszeit.

Nach Bekanntgabe der Termine weiterer Veranstaltungen beendete der alte und neue Vorsitzende Andreas Widmann die Versammlung und bedankte sich bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme.

Angelika Starzl, Schriftführerin

Europawahl ist nicht „zweite Wahl“!

Immer mehr wichtige politische Entscheidungen werden im Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel getroffen. Deshalb ist Europawahl nicht „zweite Wahl“!

Von den 626 Mitgliedern des Europäischen Parlaments gehören 225 den „Christlichen“ und 180 den Sozialdemokraten an. Zehn Abgeordnete der CSU und vier der bayerischen SPD sind derzeit Abgeordnete des EU-Parlaments.

Dieses Zahlenverhältnis muss für die SPD besser werden!

In Brüssel ist die CSU an den meist einstimmigen Entscheidungen beteiligt, in Bayern schimpft sie fast immer über genau diese Entscheidungen.

Was machen die Vertreter der CSU dann dort?

Stoiber und die CSU setzen auf eine „Denkzettel-Wahl“ – die sollen sie für ihre gebrochenen Wahlversprechen bei der Landtagswahl bekommen!

Am 1. Mai sind zehn Staaten der EU beigetreten. Die Türkei ist nicht dabei und wird dies auch in den nächsten Jahren nicht sein.

Also wird über den Beitritt der Türkei am 13. Juni 2004 nicht entschieden!

Schon CDU-Altkanzler Helmut Kohl war für den Beitritt der Türkei, wenn diese alle Kriterien erfüllen sollte. Stoiber und seine Höflinge wollen mit dem Thema nur Ängste schüren, damit auf Stimmenfang gehen und von wichtigen Themen ablenken! Das ist unredlich und unmoralisch!

Gehen Sie am 13. Juni 2004 zur Wahl und stimmen Sie für ein friedliches Europa!

Geben Sie Ihre Stimme der SPD!



Versprochen

Für die Beamten: „Es wird keine Verlängerung der Arbeitszeit geben.“ (*Stoiber, Interview, Süddeutsche Zeitung, 12./13.4.2003*)

Gebrochen

„Unser Ziel ist die Verlängerung der Arbeitszeiten der Angestellten, Arbeiter und Beamten auf 42 Stunden pro Woche.“

(*Stoiber, Regierungserklärung, 6.11.2003, S. 22*)